

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

216 (17.9.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geplatzte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei Nichterfüllung der Anzeigenpreise, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei Ausbleiben einer Zeile tritt ein Ersitzungsrecht ein. Bei Anzeigen-Entscheidungen 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufsehtunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober, Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Ersitzung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Marktstraße 28 o. Zentrum 7020 und 7021 o. Volkstreu-Verlag: Durich, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdstraße 12; Tscholl, Reichenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 216 Karlsruhe, Mittwoch, den 17. September 1930 50. Jahrgang

Was will Brüning?

Regierungszusammensetzung vorläufig unverändert

Weiterarbeit am Reformprogramm
Mittwoch wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Brüning trat heute das Reichskabinett zu einem Wechselseitigen Austausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, daß die Regierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer weiteren Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen ausgearbeitet werden können.
Im Zusammenhang mit dem Communiqué erfahren wir von unrichtiger Seite, daß Reichskanzler Brüning vorläufig keinen Rücktritt nehmen wird.
Aus dem Communiqué geht hervor, daß die Regierung in der alten Zusammensetzung vor den neuen Reichstag treten will. Mit welchem Programm, ob mit dem alten oder mit neuen Plänen, geht aus der Bericht nicht hervor.

Der Reichsminister Dr. Brüning hat heute abend im Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen gesprochen. Der Minister führte u. a. aus: Der Nationalsozialismus hat eine Schlacht gewonnen; aber — klein es auch paradox — die Regierung behauptet das Schlachtfeld, d. h. sie regiert, sie bleibt im Amt, sie führt fort, die Probleme der Finanzen, des Wirtschaftlichen und sozialen Lebens genau wie in den verflochtenen Monaten nach laßlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Es ist bekannt, daß uns zu einer Mehrheit, die 289 Stimmen umfassen müßte, 80 Stimmen fehlen. Die Opposition, ohne Sozialdemokraten, umfaßt 226 Stimmen. Es fehlen also der Regierung, wenn die Sozialdemokraten volle Neutralität proklamieren würden, immer noch 17 Stimmen. Eine Neutralität der Sozialdemokraten wäre demnach nicht ausreichend, um die Regierung nur vor einem Misstrauensvotum zu sichern.
Wir wollen den ganz klar zum Ausdruck kommenden radikalen Tendenzen ein klares, sachliches, wirtschafts- und finanzpolitisches Programm entgegenstellen. Die Staatsmänner aller Nationen möchten sich einmal überlegen, ob nicht die Zeit gekommen ist, wo die Probleme des deutschen Volkes im Rahmen der Welt als ein Problem betrachtet werden müssen. Wir sind dem Willen befehle, daß deutsche Volk zur höchsten Verantwortung zu führen. Für die jetzigen Zustände ist die ganze Welt verantwortlich. Unser Appell an die deutsche Jugend ist deshalb ein Appell an die Jugend der Welt.

Der Reichsminister Dr. Brüning hat heute abend im Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen gesprochen. Der Minister führte u. a. aus: Der Nationalsozialismus hat eine Schlacht gewonnen; aber — klein es auch paradox — die Regierung behauptet das Schlachtfeld, d. h. sie regiert, sie bleibt im Amt, sie führt fort, die Probleme der Finanzen, des Wirtschaftlichen und sozialen Lebens genau wie in den verflochtenen Monaten nach laßlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Es ist bekannt, daß uns zu einer Mehrheit, die 289 Stimmen umfassen müßte, 80 Stimmen fehlen. Die Opposition, ohne Sozialdemokraten, umfaßt 226 Stimmen. Es fehlen also der Regierung, wenn die Sozialdemokraten volle Neutralität proklamieren würden, immer noch 17 Stimmen. Eine Neutralität der Sozialdemokraten wäre demnach nicht ausreichend, um die Regierung nur vor einem Misstrauensvotum zu sichern.
Wir wollen den ganz klar zum Ausdruck kommenden radikalen Tendenzen ein klares, sachliches, wirtschafts- und finanzpolitisches Programm entgegenstellen. Die Staatsmänner aller Nationen möchten sich einmal überlegen, ob nicht die Zeit gekommen ist, wo die Probleme des deutschen Volkes im Rahmen der Welt als ein Problem betrachtet werden müssen. Wir sind dem Willen befehle, daß deutsche Volk zur höchsten Verantwortung zu führen. Für die jetzigen Zustände ist die ganze Welt verantwortlich. Unser Appell an die deutsche Jugend ist deshalb ein Appell an die Jugend der Welt.

Sozialisierung der Ärzte in England?

Aus London meldet der Berichterstatter der Volksstimme Zeitung: Die englische Ärzteschaft ist in den letzten Tagen in bereitwilliger Verhandlung verwickelt worden, weil ein bürgerlicher Abgeordneter, ein Mitglied der Arbeiterpartei, die Arbeiterpartei liebte, und die persönliche Vertrauen von MacDonald geniesst, ausgeplaudert hat, daß die Regierung die Reformminister der Volksstimme, Arbeit und des Schatzes aufgefordert habe, einen Referentenbericht über die Verantwortlichkeit aller Ärzte, d. h. die Überführung aller Ärzte in ein Beamtenverhältnis mit Behandlungsgeldern aller Bürger, auszustellen, die nach der Einkommensteuer über der Versicherungspflicht abzuführen ist. Die ärztlichen Berufsorganisationen, die keineswegs verkennen, daß die soziale Sozialistische Schullosigkeit aller Forderungen, die nicht zur Organisation der organisierten Arbeiter gehören, Abhilfe erfordert, haben jedoch eine Art Gegenwehr ausgesprochen, wonach ein Staatsbürger, der nicht von der Arbeiterversicherung erfaßt wird, bei einem Arzt seines Wohnortes auf ärztliche Dienste Anspruch hat. Nur für besondere Leistungen und sehr seltene Krankheiten, die die Hausbesuche erfordern, soll der Arzt über den Betrag des Abonnements hinaus einen tarifmäßigen Zuschlag erheben dürfen.

Reisfunde der Andree-Expedition heimgebracht

Stockholm, 16. Sept. (Eig. Draht.) Am Dienstag vormittags ist das Expeditionsschiff „Zoböern“ mit den auf der Weichen Insel gemachten weiteren Funden im Tromsöer Hafen ein.

taasfraktion ihr Gewicht in die Waagschale der Entscheidung werfen.

Bayerische Volkspartei gegen Hakenkreuzbeteiligung

München, 16. Sept. (Eig. Draht.) Die „Münchener Postzeitung“ (Bayerische Volkspartei) schreibt zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen:
„Wie soll nun Deutschland regiert werden? Unter keinen Umständen dürfen wir dem Nationalismus in die Hände spielen. Eine Mischung der Nationalsozialisten zur Regierungsbildung kann und darf unter keinen Umständen in Frage kommen. Man darf das deutsche Reich nicht in die Hände von Ausländern ausliefern, auch nicht wenn sie einmal im Wahlkampf Erfolg hatten.“

Westarp für Koalition mit Nationalsozialisten

Dr. Westarp, 16. Sept. (Eigene Meldung.) In der Kreuzzeitung nimmt Graf Westarp Stellung zum Wahlergebnis. Er kommt zu dem Schluss, daß die Bildung einer großen Koalition unmöglich sei, weil die bisherigen Parteien einer großen Koalition nur 280 Stimmen aufbringen würden, während die absolute Mehrheit 289 beträgt. Die Wirtschaftspartei und die aus der Deutschnationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien dürften nach seiner Ansicht für eine große Koalition niemals in Frage kommen. So sei die Bildung einer großen Koalition nicht durchführbar. Dagegen ergebe sich bei Zusammenziehung von Zentrum, Baur, Volkspartei, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, den aus der Deutschnationalen Volkspartei hervorgegangenen Parteien, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Bauernpartei und der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit von 337 Stimmen, die auch bestehen bliebe, wenn eine der kleineren Gruppen sich nicht beteiligen würde. Die Regierung Brüning werde sich nicht der Aufgabe entziehen dürfen, über die Mehrheitsbildung in Verhandlungen einzutreten, wenn sie alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen will. Voraussetzung dieser Regierungsbildung sei die Lösung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen, die auch von den Konservativen gefordert worden sei.

Plötzlich „Verantwortungsbewußtsein“

München, 15. Sept. (Eig. Ber.) Der „Börsenbeobachter“ beurteilt natürlich das Wahlergebnis und deutet „Koalitionsmöglichkeiten“ der Hitlerpartei an. An der Zeit, darüber zu reden, sei es jedoch noch nicht. Die Kleinfundabgabe des Volkes für einen neuen deutschen Staat“ und das gewalttätige Annehmen der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten bedeute für die NSDAP eine überaus große Verantwortung!

Der „Staatsmännlich“ gewordene Hitler

Dr. Westarp, 16. Sept. In dem überfüllten Gebäude des Bismarck-Krone sprach heute abend Adolf Hitler über das Thema: „Nach dem Siege“. Hitler bezeichnete in seiner Rede den Stimmenerfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen vom 14. September als einen Anfang im Kampf um die Erlangung der Macht im Staate auf legalen Boden der Verfassung und erklärte ferner, daß die Nationalsozialisten revolutionär seien, aber nicht revolutionär im Sinne eines Putschs, einer Revolution oder eines Umsturzes, sondern Revolutionäre des Geistes. Bemerkenswert war außerdem, daß Hitler in seiner Rede etwaige Koalitionsmöglichkeiten in feiner Weise erwähnte, so daß daraus zu schließen ist, daß die Nationalsozialisten sich in dieser Richtung jedenfalls freie Hand vorbehalten wollen. Hitler richtete weiter ernste Worte an die SA- und SS-Mitglieder, die er mahnte, weitere Opfer zu bringen, wenn das Ziel erreicht werden sollte. Der Kampf dürfe nicht erlahmen. Darum müsse das Wort „Siege“ heute wieder aus den Köpfen strichen und an seine Stelle wieder das Wort „Kampf“ gesetzt werden. Zu Zwischenfällen nach Schluß der Versammlung ist es nicht gekommen.

Das schwedische Kanonenboot „Svenskuna“ und das norwegische Inspektionschiff „Mikael Sars“ waren der „Zoböern“ bei Tagesanbruch entgegengefahren und eskortierten das Schiff nach Flagaenalan durch den „Tromsöer Sund“. Schwedische und norwegische Regierungsteilnehmer sowie ein großer Teil der Tromsöer Bevölkerung war bei der Ausschiffung der Fregatte anwesend. Durch die Reibe der spaltbildenden Tromsöer Schiffe hindurch wurde der Leuchtturm Frankens in langsamer Prozedur in das Hospital gebracht, wo die Versterkmission sofort zu der Untersuchung und Identifizierung schritt. Auch die übrigen Fregatte, ein Schlitten mit zahlreichen Gegenständen, Kleiderreagenzien, Instrumenten, Photographiematerial sowie die Privatkorrespondenz Strindbergs und Frankens wurden zur näheren Untersuchung und Registrierung durch die Regierungskommission ins Hospital geschafft. Die Arbeiten der Untersuchungskommission sollen so beschleunigt werden, daß die Leichen aller drei Expeditionsteilnehmer schon in den nächsten Tagen an Bord der „Svenskuna“ nach Stockholm überführt werden können, wo eine offizielle Ergrabung durch die schwedische Regierung und Beerdigung stattfinden wird.

Geschlecht und Stimmabgabe

Interessante Einblicke in die Motive, die auf die Abgabe der Stimmzettel von Einflüssen waren, gewährten die Abstimmungslisten dort, wo getrennt nach Geschlechtern gewählt wurde. In Wiesbaden überwiegen die Frauen beim Zentrum, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und dem evangelischen Volksdienst. Das Zentrum zählt doppelt so viele Frauen als Männer. Für den evangelischen Volksdienst haben sich 490 Männer und 1500 Frauen entschieden.

Politische Möglichkeiten

gr. Karlsruhe, 17. Sept.

Die Ursache des katastrophalen Wahlausfalls der Reichstagswahlen liegt zweifellos in der Wirtschaftskrise und ihren verheerenden Auswirkungen einerseits, in der Zerlegung der Staatsautorität andererseits. Die Wirtschaftskrise ist, von sekundären Erscheinungen abgesehen, ein internationales Problem, kann daher durch geeignete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wohl eingebremst und durch die Arbeitslosenversicherung wohl in ihren Folgen gemildert, zur Lösung jedoch nur durch Maßnahmen gebracht werden, die an den Kern der heutigen Wirtschaftsgrundlage gehen. Sie können nicht in der Richtung einer mittelalterlichen Junktwirtschaft liegen, die ein 65-Millionen-Volk wie das deutsche nicht ernähren kann, sondern müssen auf dem Weg fortschrittlicher Wirtschaftsentwicklung liegen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind, wie der Internationale Metallarbeiterkongress, der Buchdruckerkongress, der britische Gewerkschaftkongress kund taten, bereit, moderne Wege zu gehen. Sie lauten neben anderen Erfordernissen dahin, die Arbeitszeit zu reduzieren, die über Sechzigjährigen zu pensionieren, nachdem die entwickelte Technik und fortschrittliche Rationalisierung die für die menschliche Gesellschaft erforderliche Arbeitszeit mechanisch herabgesetzt hat. Die Entwicklung geht mit uns und die Arbeiterklasse kann bei den schweren Kämpfen der Gegenwart das Bewußtsein mitnehmen, daß die vollen Lösungen der Gegenwartskrisen letzten Endes in der Richtung ihrer Tendenzen, der sozialdemokratischen Ziele lauten müssen — mag auch der Kapitalismus zur Gewinnung von Galgenfrist noch so viele provisorische Lösungsversuche unternehmen. Was jedoch die Zerlegung der Staatsautorität betrifft, so ist diese eine Frucht republikanischer Fahrlässigkeit, die aus demokratischer Prinzipienreiterei überließ, daß auch der demokratische Staat bei aller Ausschaltung von Gewaltpolitik, Macht haben und diese durch die Exekutive zur Geltung bringen muß. Statt dessen hat man jedoch die Dinge über ein Jahrzehnt treiben lassen, hat die Regierungsautorität zerfetzen und verhöhnen lassen, hat das Richteramt einen eigenen Staat aufrichten lassen, hat die Schule zu einem pädagogischen Institut vor republikanischer Prägung sich entwickeln lassen und durch Koterien und mande ungeschickte Personalanswahl unter den herrschenden Republikanern selbst die Staatsautorität geschädigt. Schaffung einer kräftigen Regierung, welche die zerfallenden Elemente bündigt und gleichzeitig den Willen hat, sich auch nicht zum Spielball herrschender und auseinander zerfallender Regierungsparteien machen zu lassen, ist die Voraussetzung wirklicher Wiederherstellung der Regierungsautorität, — ein Unternehmen, das jedoch nur der Aussicht auf Erfolg hat, wenn es die Lehre Platons, die Herrschaft der Besten mit der Mahnung Montesquieus, die Grundlage der Demokratie ist die Tugend, demonstriert in der steten Bevorzugung des öffentlichen Interesses vor dem eigenen, als ihr unentwegt zu verfolgendes Willensziel vor Augen hat.

Wie weit, oder richtiger wie wenig, die mit 107 Sitzen im Reichstag plötzlich hervorgetretenen Nationalsozialisten diese Voraussetzungen zur Verankerung der Staatsautorität und Beilegung der Wirtschaftskrise erfüllen, ist dem politischen Beurteiler der Nationalsozialisten, der ihr widerwärtiges Wirtschaftsprogramm, ihre für Deutschland unmögliche Außenpolitik und ihr Menschenmaterial kennt, klar. Über 6 Millionen deutscher Wähler, die den Nationalsozialisten dazu verholfen haben, fast ein Fünftel des deutschen Reichstags einzunehmen, und dazu noch die 41 Vertreter der deutschnationalen Hugenbergpartei mit fast 2 1/2 Millionen Wählern, welche Hitler als Bündnisfähig ansehen, sind jedoch anderer Meinung und so könnte es — wenn das Zentrum dem Hakenkreuz seinen Segen gibt — kommen, daß auch diese Pfeife geraucht werden muß. Gewisse Kreise Deutschlands konnten es nicht erwarten, bis Rathenau beseitigt war und die Pfeife „Reichskanzler Cuno“ mit dem unglücklichen Ruhrkrieg geraucht war, mit dem Deutschland zum zweiten Male den Krieg verlor. Und nach den Reichswahlen 1924, welche die jäh emporgeriebene deutschnationale Reichstagsfraktion zur größten Partei des Reichstags machte, erlebten wir eine Regierung der damals gewaltig mit Donnerkeulen um sich schlagenden deutschnationalen Männer, die jedoch, nachdem sie bei der Damesabstimmung schon an Kraft verloren hatte, mit den rasch folgenden Dezemberwahlen 1924 schon vergessen war. So könnte es — immer vom Willen des Zentrums abhängig — kommen, daß auch diesen Panikwahlen eine Regierung folgt, in der Brüning, Stegerwald und Treviranus mit den wilden Männern vom Hakenkreuz sitzen. Die Nationalsozialisten lassen ihre diesbezüglichen Wünsche bereits offen durchblicken, wobei ihre militärische Sinnesart stark hervortritt. Sie möchten das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium, da sie anhand der Ueberfallstatistiken und der Geländeübungen wohl glauben, für diese beiden Ministerien die besten Anlagen mitzubringen. In den Reihen der nationalsozialistischen Wähler denkt man daher vermutlich etwas anders. Man hat in den nationalsozialistischen Wahlversammlungen und Blättern in der Hauptsache davon gehört, wie die einstigen Siegerstaaten Deutschland bedrückten, so daß es an der Zeit wäre, daß Deutschland durch die geänderte Außenpolitik mit dieser Tyrannei breche und man hat weiter davon gehört, daß Schluß gemacht werde mit der heutigen Wirtschaft angeblich jüdischer Kartelle und Trusts und dafür eine Wirtschaftsordnung eingeführt werden müsse.

die nach Art des deutschen Mittelalters allein auf den kleinen Handwerksbetrieb und den kleinen Geschäftsmann zugeschnitten werden müsse. Wenn daher die Nationalsozialisten die Neigung haben, in die Regierung einzutreten, dann kann gemäß ihren Versprechungen und den Wünschen ihrer Wähler nur das Wirtschaftsministerium und das Außenministerium in Frage kommen. Die hoffnungsvollen Wähler der Nationalsozialisten wünschen, daß sich wirtschaftlich schnell die Dinge ändern und der Spruch in Erfüllung gehe, den man in der Wahlnacht des öfteren hörte: „Nun muß sich alles, alles wenden“. Die Jungwähler, welche die Nationalsozialisten ertoren, fordern eine Außenpolitik, welche gemäß den nationalsozialistischen Versprechungen Schluß macht mit den Tributzahlungen und anstelle pazifistischer Friedensschmelzen kräftig in das Horn alldeutscher Forderungen bläst. Wenn daher die Nationalsozialisten in die Regierung eintreten wollen, so ist selbstverständlich die Uebernahme dieser beiden Ministerien die Voraussetzung, welche ihnen von ihren Koalitionsparteien auferlegt werden müssen. Wenn dann der nationalsozialistische Außenminister des deutschen Reiches in Genf den anglofranzösischen Großmächten all die Forderungen diktiert hat, die Deutschland nach nationalsozialistischen Vorschlägen für ein machtpolitisches Deutschland stellt, und Herrn Hitler nach der Art des Wernerischen Bismarckbildes als Sieger sich dem machtpolitischen Deutschland vorstellen kann, dann mag man seinem Vertreter auch Säbel und Schießgewehr, das diese Herren allerdings statt als Krönung als Eröffnung verlangen, anvertrauen. Also nur hereinpatziert zur Etablierung neuer Zustimmungen zur Streichung der Kriegsschulden und zur Aufrichtung eines ganz neuen Deutschlands, vor dessen Gedröhn die Welt erzittert! Heil dem Wirtschaftsminister Feder oder Goebbels, Heil dem Reichsaußenminister Graf Reventlow oder (trotz mangelnder Staatsangehörigkeit) dem Reichsaußenminister Hitler Heil! Heil!

Will jedoch Deutschland nicht den Weg der Katastrophe oder der Lächerlichkeit gehen, dann wäre eine Regierungsbildung spruchreif, in der die mit 143 Mandaten weitaus stärkste Partei des Reichstages, die Sozialdemokratie als entscheidender Faktor für einen klaren und festen sozialen und republikanischen Kurs sorgt. Der preussische Ministerpräsident Gen. Otto Braun, hat vor den Wahlen und nach den Wahlen die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Uebernahme der Verantwortung betont, und die Notwendigkeit hervorgehoben, daß eine große Koalition aller Vernünftigen sich zusammenschließen muß, um mit einer Regierungsmehrheit alle Kräfte auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die Verbesserung der Wirtschaftsexistenz der breiten Massen zu konzentrieren. Mit dieser Bestimmung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Erzielung einer entschlossenen Regierung hat Otto Braun zweifellos die Notwendigkeiten der Stunde festgestellt. Diese Notwendigkeiten der Stunde könnten jedoch nicht erfüllt werden, wenn etwa nach der Art, wie wir es schon mehrfach erlebt haben, die bürgerlichen Parteien die Macht hätten, die Sozialdemokratie zu dem Zweck zu mißbrauchen, um ihre verfahren Situation aus der Patsche herauszubekommen. Die Sozialdemokratie muß es ablehnen, einer Politik zur Fortsetzung zu verfallen, die durch das Volksurteil vom 14. September gerichtet worden ist. Wir wollen nicht, daß bei den kommenden Wahlen, und wie schnell können welche wiederkommen, die Sozialdemokratie Prägel für eine Politik einsteckt, die nichts mit Demokratie und nichts mit Sozialismus zu tun hat. Was wir brauchen in der deutschen Politik, das sind klare Fronten und ebensosehr wie wir vorhin darauf hinwiesen, daß für eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung logisch eine alldeutsche Außenpolitik und eine zünftliche Wirtschaftspolitik im Vordergrund stehen muß, ebenso sehr müssen wir als Vertreter der Arbeiterschaft fordern, daß im Vordergrund einer Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, die Wiedereingliederung der arbeitslosen Massen in die Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung und eine Sozialpolitik stehen muß, die imstande ist, den arbeitenden Volksmassen Arbeit und Brot und damit Liebe zum Staate zu geben. Die Sozialdemokratie hat keine Ursache, sich an die Staatsleitung heranzudrängen, sie kann abwarten, bis und ob sie gerufen wird. Wenn sie jedoch es übernimmt, den verfahrenen Karren wieder zurecht zu schieben, dann nur unter der Voraussetzung, daß die Sache des arbeitenden Volkes und damit sozialer und republikanischer Ausbau des Staates oberstes Leitgesetz der Regierung ist. Denn eines haben die Wahlen unbedingt gezeigt: Mit weiteren Halbheiten ist dem Volke nicht gedient. Ganze Lösungen müssen versucht werden, und zwar in der Richtung eines sozialen Kurzes, welcher der Last der Rechnung trägt, daß das deutsche Volk zum größten Teil zu einem Volk von Arbeitslosen, welche unter der schweren Last der Arbeitslosigkeit fürchtbar leiden, und von verfallenden Kleinbürgertum geworden ist — der vermutliche Schlüssel übrigens zur Erklärung des Wahlausfalls.

Nach stehen alle Möglichkeiten, darunter auch die Lieblichkeitsidee von Treitschke zu einem kleinen diktatorischen Regime einer Minderheitsregierung offen. Wie immer jedoch auch die Lösung kommen möge, eines steht fest: Die Trabanten der Propheten vom dritten Reich werden ihre bittere Enttäuschung erleben und sicherlich werden jene ernüchtert werden, die geglaubt haben, mit dem Stimmzettel von heute auf morgen eine Weltwende hervorzurufen zu können, wenn sie das größte Geld für die beste Politik halten. Die Sozialdemokratie kann als die stärkste Partei des Reiches in aller Ruhe die weitere Entwicklung abwarten. Wie immer auch die Dinge laufen mögen, das Wohl der Arbeiterschaft wird uns oberstes Geleit sein und in diesem Zeichen werden wir stehen — allen Katastrophenspolitikern zum Trotz. Opposition oder Regierungsbeteiligung, wie immer auch die kommende Entscheidung laute: Kampfbereitschaft für eine entschiedene soziale Politik wird unsere Lösung sein.

Mißtrauen der Sparer

Kreditinstitute suchen zu beruhigen
Frankfurt a. M., 16. September. (Eig. Draht). Nicht nur die Börsen hat auf den Sieg der Führer des „dritten Reiches“ lauer reagiert, auch die Sparer scheinen zu ihnen kein Vertrauen zu haben, denn am Montag und Dienstag fanden in Frankfurt vor verschiedenen Sparkassen große Schlangen an. Der Zweck war, die Guthaben abzuholen. Allerdings gelang es den Sparkassenleitern, die mißtrauischen Menschen zu beruhigen, jedoch sie zum Teil ihre Absichten aufgaben.

Inzwischen haben auch zahlreiche Ausländer, die Besitzer deutscher Aktien sind, kläglichen Börsen den Auftrag zum Verkauf dieser Aktien erteilt. Auch in diesen Fällen sind die Auftraggeber darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Aufstieg der Nationalsozialisten auf die Kreditwürdigkeit und die finanzielle Lage Deutschlands keinen Einfluß haben würde.

Curtius spricht in Genf

Der deutsche Außenminister für Friedenspolitik und europäische Wirtschaftsunion

Genf, 16. Sept. Der deutsche

Reichsaußenminister Dr. Curtius hielt heute in der Vollversammlung des Völkerbundes eine Rede, in der er u. a. ausführte: Ich lasse ganz offen, daß für uns die gesamte internationale Entwicklung manche Enttäuschung gebracht hat, aber ich kann trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde heute eine durchaus positive ist. Der feste Entschluß,

jedem Kriegsgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß anstelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewendet werden müssen, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden. Denn die Befinnung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einer Kanonisierung der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Das Gefühl des Völkerbundes und seines Vorgesetzten müssen fest und weit genug sein und wirksam und entschlossen angewendet werden, um allen Möglichkeiten zu begegnen und eine friedliche Regelung auch in schwierigen und ersten Situationen zu sichern. Zur Erfüllung der dem Völkerbunde obliegenden Aufgaben beitragen, ist auch im vergangenen Jahre das Bestreben der deutschen Regierung gewesen. Wir haben den Grundgedanken betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern daß es darauf ankommt, die

Konfliktursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. An diesen Grundgedanken halten wir fest, da wir befürchten müssen, daß ihre Vernachlässigung die ganze Völkerbundstätigkeit in eine falsche Richtung drängen würde. Im Zusammenhang hiermit steht die Abrüstung.

Der Stand der Dinge kann nicht zufriedener gekennzeichnet werden, als dies in den hochbedeutsamen Ausführungen des Herrn Reichsgrößen Britanniens geschehen ist. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Eröffnung aller Rüstungsfaktoren, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der kommenden Abrüstungskonferenz und anschließende weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Etappen.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beimisst, ist die auch schon von anderer Seite berührte Minderheitenfrage.

Aus diesem Grunde habe ich die Ueberweisung der Minderheitenfrage an die letzte Kommission beantragt und damit ein Verbot wieder aufgenommen, das hier meines Wissens bereits in früheren Jahren befohlen worden ist. Die Gesamtsession über die Frage, die durch die gegenwärtige internationale Situation aufgeworfen werden, ist unter einem neuen Gesichtspunkt gerückt worden durch die Einfügung der Frage einer europäischen Kooperation.

In die Verhandlungen des Völkerbundes. Ich schließe mich dem Danke dieser Redner für den Staatsmann an, dem es gelungen ist, diese Idee aus der privaten Propaganda in den Pflichtkreis der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Kein Land fühlt härter als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Situation Europas. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einer internationalen Kooperation im wahren Sinne des Wortes gekommen wäre. Es dürfte der allgemeinen Aufmerksamkeit entfallen, das Problem vor weiteren Entschärfungen in seiner Totalität einem

Studienkomitee zu überweisen, zu dem nach meiner Ansicht alle diejenigen Staaten hinzuzuziehen wären, deren Beteiligung für die sachliche Förderung des Problems erforderlich ist.

Der Reichsaußenminister ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die wirtschaftlichen Fragen und die

Was soll werden?

Das Zentrum muß zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialisten wählen

Die Rheinische Zeitung, das Blatt des Genossen Sölkmann, befaßt sich eingehend mit der Frage, was werden soll, und erklärt dazu:

Man muß beinahe wundergläubig sein, um anzunehmen, daß dieser Reichstag arbeitsfähig ist. Und eine Regierung? Die bisherige Große Koalition Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten (ist Staatspartei) ist nur noch eine Minderheit, selbst wenn man die Bawerische Volkspartei hinzunimmt. Man mühte also, um wenigstens eine knappe Mehrheit zu erzielen, mindestens noch die Wirtschaftspartei oder auch die christlichen und die Landvolksgruppen hinzuzurechnen. Wie aber soll ein solches Gemisch von wirtschaftlichen und weltanschaulichen Gegensätzen arbeiten? Der Gedanke ist beinahe trübselig.

Denkbar wäre auch eine Reichsregierung unter Führung der Nationalsozialisten und des Zentrums mit Anschluß aller anderen bürgerlichen Gruppen. Die Nationalsozialisten, die ja längst allen „Sozialismus“ preisgegeben haben, wären zu einer solchen Koalition sofort bereit, denn die vielen pensionierten Offiziere und sonstigen Kräfte würden in ihren Reihen drängen auf Verlorrena. Eine solche Regierung hätte sogar eine Mehrheit. Sie würde aber innerpolitisch eine nationalsozialistische Diktatur über die bürgerliche Mitte bedeuten. Außenpolitisch müßte sie verheerend wirken, wenn nicht, was immerhin nicht ausgeschlossen ist, die Nationalsozialisten außenpolitisch rasch genau so gesättigt wären wie einst die Deutschnationalen. Eine solche Koalition hätte den unbestreitbaren Vorteil, daß sie den heranziehenden Kriegerkammern der nationalsozialistischen Wähler beschleunigen und vergrößern würde. Wird das Zentrum aber diese große Schwärzung nach rechts wagen? Und wie würde es mit Preußen werden? Will man das größte deutsche Land verrücken? Hier stehen Fragen auf, die an die Grundfragen des Reiches und der Länder rühren.

Kommt also doch eine Reichsregierung unter harter Beteiligung oder gar unter Führung der Sozialdemokratie? Einige große Zeitungen der bürgerlichen Mitte bekommen auf einmal Schnüffel nach uns. Bis gestern waren wir weder nationalbewußt noch staatsbewußt. Jetzt auf einmal erweist man uns wieder die Gnade, uns zu den staatsbewußten Parteien zu rechnen.

Fallen wir einmal das, wenn nicht Wahrscheinliche, so doch Mögliche ins Auge, kein Steuer werde von einem festen sozialdemokratischen Rückgrat ergriffen. Meinen die Herren vom Zentrum, Mannhaftigkeit und Ballastigkeit würden dann im alten Schlenker weiter leben? Meinen die Herren vom Zentrum, mit Brünningens Reserven und mit Steuerwahlen durchzuführen könne weiter am deutschen Volke herumgedröhert werden? Es muß ein gründlicher Kurswechsel im Reich eintreten. Die bürgerliche Mitte hat ausgepielt. Das Volk will weder von Krümmern noch von Plutokraten regiert werden. Es hat auch mit aller Deutlichkeit den äußeren Reiterungsformen eine Abgrenzung erteilt, die sich noch immer in Deutschland breit machen. Trotz Republik, trotz Volksfront, trotz Vorkriegs proletarischer Schichten in die Staatsführung. Zögeln wir uns nicht: Das Volk lehnt sich gegen die lächerlichen Übernahmen auf. Die untere Republik aus dem Kaiserreich kommt aus dem Äußeren an primitiver aber deshalb noch nicht falscher Instinkte. Eine sozialdemokratische Beteiligung an der Reichsregierung

Folgen der allgemeinen Wirtschaftsdepression

ein und führte dazu u. a. aus: Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr härter betroffen als andere Länder. Es war selbstverständlich Pflicht der deutschen Regierung, einen Schuss neuen Lebensenergie in den lebendigen Wirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu errichten, die den Ruin der Landwirtschaft nach sich ziehen mußte. Es ist auf die Dauer kein erträglicher Zustand, daß sich der einzelne europäische Staat — gleichviel, ob er groß oder klein ist — für sich allein in einer solchen Notlage nicht anders schützen kann als durch autonome Zollmaßnahmen, auch wenn andere europäische Staaten dadurch mitbetroffen werden.

Zur rechten Zeit kommt daher der Vorschlag einer europäischen Kooperation.

insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Die deutsche Regierung ist bereit, alle darinselbstenden Vorstöße mit größter Sorgfalt zu prüfen und sich an allen Arbeiten

aktiv zu beteiligen. Zollunionen, Präferenzzoll und Kontingente werden dabei eine große Rolle spielen. Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß die Weltwirtschaft in ihrem Verhältnis zum System der Zollkontingente geprüft wird. Die deutsche Delegation behält ihrerseits vor, neben anderen Fragen auch die

Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Geld und Kapital sollten in ganz anderer Weise als jetzt ungleichmäßig verteilt werden, daß sie überall die Güterzeugung und -verteilung befördern. Es ist ein unwirtschaftlicher Zustand, wenn in einigen Ländern Ueberfluß an Geld und Kapital besteht und kaum nützliche Anwendung finden können, während in anderen Ländern ungeheuer hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Wenn wir von wirtschaftlicher Einigung Europas sprachen und diese im weitesten Sinne verstehen, so heißt das nichts anderes als

europäische Wirtschafts- und Zollunion.

Wahrlich, ein fähiger Gedanke, sich vorzustellen, daß die europäischen Staaten einmal in der Zukunft ein einheitliches Wirtschaftssystem als jeht engeren Zollunionen bilden könnten. Wer von uns möchte ärgern, den Wunsch auszusprechen, daß sich Wege finden lassen, diesen Gedanken zu verwirklichen. Die deutsche Delegation hat diese interessante Anregung lebhaft begrüßt, sie wird sich an der Verwirklichung des Gedankens aktiv beteiligen. Es kann sich bei dieser großen Aufgabe nicht darum handeln, um Zollkontingente zu verzichten oder sich keine Vorteile für einige Jahre zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen klaren Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch gegenseitige Abgrenzung und durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet war.

Die Rede des Reichsaußenministers wurde verschiedentlich durch den lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochen.

Schluß der Genfer Generaldebatte

Genf, 16. Sept. In der Völkerbundsversammlung sprach nach der italienischen Delegierte Scialoja, der die Abrüstung als eine der dringlichsten Aufgaben des Völkerbundes bezeichnete und betonte, daß von Hertenlof entwickelten Richtlinien mit dem von der italienischen Regierung übereinstimmen. Die Sicherheit der Welt ist eines der Momente, die bei der Festlegung des Rahmens der Abrüstung berücksichtigt werden müssen, aber nicht die Voraussetzung der Abrüstung. Zum europäischen Plan übergehend sprach Scialoja das grundsätzliche Einverständnis Italiens mit einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten aus. Die europäische Föderation werde jedoch erst das Ergebnis einer sehr langen Entwicklung sein.

Ueber die Entschärfung, die der Völkerbundsversammlung in der Frage der europäischen Föderation unterbreitet werden soll, haben sich nunmehr die meisten Delegationen geäußert. Darunter soll ein Studienauschuss aus Vertretern der siebenundzwanzig europäischen Staaten ernannt werden.

ung scheint uns diesmal nur möglich, wenn personnel und lokales Garantien geboten werden, daß nicht die alte Koalitionshierarchie möglich ist, sondern neue Bahnen beschränkt werden. Das alles sind Möglichkeiten. Was werden wird, ist aber ungewiß, denn je die Partei wird in Ruhe überlegen und entscheiden. Wir wünschen ihrer Führung Festigkeit und Härte.

Weitere Auslandsstimmen

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt zu dem Wahlausgang: Die Wahlpolitik des Kabinetts ist vollständig mißglückt. Das eigentliche Kennzeichen dieser Wahl ist der antiparlamentarische Charakter. Die große Frage der Stunde lautet: Können und dürfen die Nationalsozialisten zur Regierung zugelassen werden. Die Nationalsozialisten sind gegen die Demokratie und für die Diktatur, gegen die Weimarer Verfassung und für den Umsturz. Ihr Programm heißt: Katastrophenpolitik im Innern und nach außen. Das heißt: den ganzen Staat verbinden müssen, die auf dem Boden der heutigen demokratischen Staaten stehen, ist selbstverständlich. Es gibt ein einziges Mittel dazu: Soziale Bildung und Erziehung der großen Koalition, Zusammenfassung aller Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den bürgerlichen Konföderationen. Nur eine solche Notwendigkeit kann von Deutschland schwerer Schicksal abgewendet werden.

Die im Februar der französischen Nationalisten leonide Weiler schreibt zu dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen: „Die wahrste Erklärung auf den überaus langen Zeitraum, der liegt in dem nationalsozialistischen Kampf „Deutschland erwache“ diesem Wahltag seinen wahren Sinn gegeben hat. Das Deutschland, das auf den Ruf der Kampfpartei erwacht, das ist ein Deutschland, das die Erinnerung an den Zusammenbruch von 1918 nicht vergessen hat, das sich von den Ketten von Versailles befreien will, das in der Klärung des Rheinlandes, in der Herabsetzung der Reparationen auf die engen Grenzen des Donauplanes nur das Ziel der Schwäche seines Gegners sah. Wenn man noch Engagements braucht, daß in der internationalen Politik das Engagement nicht notwendig Verhöhnung heißt, und daß im Gegenteil, Herrschaft über die deutschen Wahlen diesen Beweis in einem unerwarteten Ausmaß geliefert. Auf alles Entgegenkommen, das ihnen widerwärtig wurde, haben die Deutschen mit der Stimmabgabe für die Partei der Renaissance geantwortet.“

Amsterdam, 16. Sept. (Eig. Draht). Der Telegramm schreibt dem Ergebnis der deutschen Wahlen, daß dieser Wahlausgang Europa zur Aufmerksamkeit zwingt. Ein unheimliches Licht, das von dem Ergebnis ausgeht. Es werde sich um ein schweres Ereignis in der Entwicklung des Nachkriegs Europas auswirken. Set Volk erklärt, die Sozialdemokratie stehe fest der Frage gegenüber, ob eine neue Mehrheit sie zwingt, auf dem Gebiet der inneren Politik noch größere Zugeständnisse als in den Jahren 1928 und 1929 zu machen. Sie müße dabei jedoch erwägen, daß das Bestehen der kommunistischen und faschistischen Parteien bestimmt ihrem Verantwortungsbewußtsein einen großen Teil ihrer Verantwortung abgibt. Die Friedensatmosphäre in Europa werde durch die Wahlen des letzten Sonntag schwer gelitten. Daher werde man alles, was die Sozialdemokratie tue um diese Atmosphäre wieder zu verstärken nur begrüßen können.

Freistaat Baden

Uebermut tut selten gut

Die Hauptleitung der nationalsozialistischen Partei Deutschlands ist offensichtlich anderen Sinnes geworden. Bisher harte man nur Donner und Gewölle von dieser Seite, während jetzt auf einmal ein „Anstandsbegehren“ geäußert wird. Herr Hitler möchte in einer Versammlung in München seine Anhänger zu geordnetem Verhalten und billigt sich schon in ein „staatsmännliches Verhalten“, das sich nicht viel von jenen Kompromißpolitikern abhebt, welche die Nationalsozialisten fälschlich als „Schwächlinge“ beschreiben. Im Gegensatz hierzu steht der allerdings nicht „staatsmännliche Führer“ in Karlsruhe den Himmel voller Götzen und ähnlich die Kommunisten die Weltrevolution glaubt er die ganze Welt zu haben. So einfach sind die Dinge denn doch nicht, wie sie in ihrer Auffassung nach zu „Politikern“ entwickelten Sprechern der Nationalsozialisten leben. Vorerst sind die Nationalsozialisten noch eine „Minorität“ und sie müssen sich schon zu etwas schick bequemen. Die Forderung des Führers in seiner heutigen „Kammer“, „Wir fordern die Auflösung des Badischen Landtages!“ ist aber aus dem Munde der Nationalsozialisten völlig verkehrt. Die Nationalsozialisten müssen sich, soweit die Dinge im Badischen Landtag in Frage kommen, schon damit abfinden, daß nicht sie die bestimmenden Faktoren sind.

Bei näherer Lage es, wenn sich die Nationalsozialisten, die so sehr „Karlshaus“ schreiben, einmal die Thüringischen Landtagswahlen etwas näher ansehen würden. Das Ergebnis der Reichstagswahlen zeigt nämlich dort, daß Thüringens Reichsregierung keine Mehrheit mehr hat, wie uns aus Weimar berichtet wird. In Thüringen wurden, ohne die dreißigsten Teile des Wahlkreises folgende Stimmen abgabe den:

Reichstagswahl	Reichstagswahl	Landtagswahl
1930	1928	1929
Sozialdemokraten 286 631	284 767	257 342
Christlich-sozialistische Partei 27 401	31 265 (Dem.)	23 525
Kommunisten 139 667	108 464	97 278
Landvolk 107 718	124 429	131 686
Nationalsozialistische Partei 24 742	44 237	31 618
Christlich-sozialistische Partei 7 397	—	—
Landvolk 50 824	63 491	76 217
Kommunisten 10 457	8 788	9 632
Nationalsozialisten 179 385	35 590	90 236

Das Ergebnis zeigt, daß die Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil in Thüringen proportional keineswegs so steigern konnten, wie in den Ländern, in denen sie nicht in der Regierung sitzen. Überall geht ihr Wachstum auch in Thüringen ausschließlich auf Kosten der mit den Nationalsozialisten in der Koalition stehenden Parteien. Deren Rückgang an Stimmen ist im Lande Thüringen so groß, daß die Reichsregierung nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen im Thüringischen Landtag keine Mehrheit mehr besitzt. Hinzu kommen noch dem Reichstagswahlergebnis noch rund 450 000 Stimmen, während die Opposition des Thüringischen Landtags es auf 600 000 Stimmen brachte.

Wenn daher die badischen Nationalsozialisten so starke Aufmerksamkeiten haben, so tun sie auf daran, sich damit an ihren Parteifreund Reich zu wenden, damit er in Thüringen ihren Wunsch erfüllt. Ob es ihn allerdings danach gelüftet?

Der Wahlerfolg der badischen und württembergischen Sozialdemokratie

Die Schwäb. Tagwacht hebt den Wahlerfolg der badischen und württembergischen Sozialdemokratie hervor, die durch gemeinsame Wählerverbindungen ein Mandat mehr als bisher erhielt, wobei sie schreibt:

Was den Wählererfolg in den einzelnen Wahlkreisen betrifft, ist fürs erste hervorzuheben, daß die Sozialdemokratie in Württemberg sich wieder erholt hat. Sie erzielte fünf statt der bisherigen vier Abgeordneten in den Reichstag. Es wird unsere Erwartungen im ganzen Lande mit großer Freude erfüllen, daß die Sozialdemokratie sich behauptet und sich noch das Mandat des Genossen Reich durch die Wählerverbindungen mit Baden erobert worden. Einigen Stimmenzuwachs haben auch unsere Freunde in Württemberg und Hessen zu verzeichnen. Außer dieser süddeutschen Wählerverbindungen brachte der Wahlkreis Leipzig noch einen Gewinn von über

Theater und Musik

Die einstudierte: „Die Nibelungen“, Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel

Der „Dichter der Spießbürger“ nennt Franz Hedring einmal den Dichter Hebbel. Mit gutem Grund. Der geniale nachklassische Dichter Deutschlands ist an chronischer Verfallenskrankheit für die Probleme und Bedürfnisse seiner Zeit. Weber in Vorkriegszeiten, noch in der auf die schwäbische Kapitulation des schlapen Bürgertums folgenden Reaktionsperiode hat sich Hebbel im württembergischen Lebensverhältnis bis auf Tuchfühlung zu nähern gewagt. Selbst der konservativen Freisinnigen bemängelt an Hebbel, daß seine Werke die Eindringlichkeit der Gegenwart weit weniger deutlich zeigen als die Dichtungen unserer romantischen Dichter. Nicht als ob er ein ganzer Reaktionsärzte gewesen wäre, sondern als ob er seinen Dichtungen und seinen Tagessagen, welche letztere manche Gelehrte sogar für bedeutender hielten, als seine Werke, allerdings keine Sentenzen aufklopfen, die die Protestanten aus dem Herzen sprachen sind. Da heißt es einmal: „Nur ein gerechter Zustand der Gesellschaft, in welchem der Einzelne, wenn ihm die Verhältnisse begünstigen, das an sich selbst und behalten, für die Gesellschaft unerschütterlich stehen kann, was eben, weil er es befreit, die Welt erhebt und sie in Not und Tod hineinzieht.“ Und an seine Frau schreibt er einmal: „Der Entwurf des Maschinenwesens würde ich mich freuen, wenn es dem gemein wäre, daß sie dem Armen ein schweres Los los erleichtert; aber ich fürchte sehr, man nimmt die Arbeit ab, um ihn dem Hungertode preiszugeben.“ Das sind Dichtbilder im Denken Hebbels, der aber den in die Sozialmarie nicht fand und daher seitlichen unfinden überlebte und schließlich in der Reaktionsperiode sich in die Höfen der „Nibelungen“ Hütete, wie Schiller.

Die „Nibelungen“ sind ein Ereignis dieser Volkstümlichkeit. Entstanden aus einer Marotte, weil man ihm nämlich sagte, es sei ihm möglich, dem Nibelungenstoff dramatisch beizukommen, sollte Hebbel nichts tun als den dramatischen Stoff des Nibelungenliedes für die reale Bühne hüßig zu machen. „Nichts mehr als Laestablenmatte, nur Politik, nur Zeitgeist“, Hebbel will die Welt unterhalten. Und Werke dieser Art sind es, auf die die Dichter der württembergischen Schwäbische großgeordneten Literatur in der Zukunft legen, wenn sie die Erlösung einer „reinen Kunst“, einer tendenzlosen Kunst bewahren wollen. In der Tat, die Nibelungen sind auf den ersten Blick solche reine Kunst, darum sind sie auch so langweilig. Die Hebbelbiographie Frau Dr. Hedring-Kurath ist es selbst, daß sie uns fast so tun, daß die Charaktere unerschütterlich und die Widersprüche störend sind, daß

10 000 Stimmen. In fast allen übrigen Wahlkreisen hat unsere Partei kleinere oder größere Stimmeneinbußen erlitten. Ob und wie weit neben der internationalen Krise, die gegen die sozialdemokratische Regierung wurde, die hier in einem gewissen Maße mit dazu beigetragen haben, das wird noch nachzuprüfen sein.“

90 Jahre badische Eisenbahn

Am 12. September waren neunzig Jahre seit dem Tage verfloßen, an dem in Baden die erste Dampfeisenbahn eröffnet wurde, die Strecke Mannheim-Heidelberg.

Volkswirtschaft

Rußland Salomander-Mercedes bevorzugen?

Aus Stuttgart wird berichtet: Die Schulbankstücken & Co. in Garmisch, die Herstellerin der Salomander-Mercedes, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die eine Sanierung erforderlich machen. Zur Abhilfe hierbei hat sich der Salomander-Verkaufsbereich und ist daraufhin zu verkaufen & Co. in ein „freundliches Verhältnis“ getreten. Es ist zu erwarten, daß die Salomander-Mercedes in der Zukunft befördert. Beständig sollen diese Betriebe und Marken getrennt weitergeführt werden. Aber noch später wird, steht noch dahin. Offensichtlich entwickelt sich der Salomander nicht zu einem „Wagnis“, der als gefährliches Ungeheuer nicht im besten Rufe steht.

Seiner Devisennotierungen: (Wittelskurs)

	16 Sept.	15 Sept.
	Wied.	Wied.
Amsterdam 100 fl.	168,85	169,19
Brüssel 100 B.	21,965	22,005
London 100 £.	20,38	20,42
Hamburg 100 M.	4,1950	4,2010
Paris 100 Fr.	16,465	16,505
Berlin 100 M.	12,443	12,463
Schweden 100 Kr.	81,86	81,82
Dänemark 100 Bel.	45,91	45,90
Stockholm 100 Kr.	112,63	112,65
Oslo 100 Schilling	99,225	99,245

Schwarzwaldzuverlässigkeitsfahrt des DAC

Die auf dem Boden der Republik stehenden deutschen Automobilisten und Motorradfahrer haben sich vor einiger Zeit zu einem Club zusammengeschlossen, dem Deutschen Automobil-Club. Das die Gründung des DAC ein Bedürfnis war, zeigt die Tatsache, daß er in den drei Jahren seines Bestehens bereits über 6000 Mitglieder zählt. Der DAC betreibt sich zur Deutschen Republik. Er führt in seiner Palette und in jedem Winkel die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die Republik und ihre Farben sind der Kern der Tätigkeit des Deutschen Automobil-Clubs.

Der Deutsche Auto-Club B. hat in den letzten Tagen in Berlin sein neues Clubheim in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der Presse, des Reichspräsidenten und der Behörden eröffnet. Im Januar wird der Club in Berlin das erste ausschließlich für Kraftfahrer eingerichtete Reisebüro eröffnen, das nicht nur den Mitgliedern, sondern sämtlichen Automobilisten unentgeltlich mit Auskunft und Beratungen zur Verfügung steht. Zum Winter plant der Club eine größere öffentliche Ausstellung in Berlin unter der Devise „Reisen im Auto“.

Auch in Karlsruhe wird die Ortsgruppe des Clubs, die im März 1930 gegründet wurde und heute bereits 70 Mitglieder zählt, zum erstenmal mit einer größeren Veranstaltung am 23. September in die Öffentlichkeit treten. Er veranstaltet eine Schwärzburger Zuverlässigkeitsfahrt, an der sämtliche Automobilisten ohne Rücksicht auf Clubangehörigkeit teilnehmen können. Es soll keine Rennveranstaltung sein, sondern an der Fahrt sollen Fahrer teilnehmen, die sich auf diese Weise mit ihrem Wagen und dem Gelände vertraut machen sollen. Die Fahrt führt von Karlsruhe über Durlach, Forstheim, Wildbad, Enzklösterle, Biesfeld, Murgal, Forbach, Gernsbach, Herrnsbach nach Karlsruhe zurück. Auf der 153 Kilometer langen Strecke muß je nach der Wagenklasse eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 35—45 Kilometer erzielt werden. Ein gut durchdachtes Punktsystem mit Geheimkontrollen ermöglicht eine genaue Wertung der einzelnen Leistungen. Die Ausschreibung ist aber so gedacht, daß möglichst breite Kreise an dieser sportlichen Veranstaltung teilnehmen und dadurch Freude am Autoport genießen sollen. Auch Motorräder der letzten Jahre sind willkommen, vor allen Dingen, nachdem in den letzten Wochen verschiedene Motorradclubs ihren Beitritt als Kartellmitglieder des DAC vollzogen haben. Die Veranstaltung soll auch für die künftigen Jahre beibehalten und noch weiter ausgebaut werden.

Aus aller Welt

Dreieckseisen gekostet.

Köln, 16. September. In der Friedenskirche in Köln wurden nachts von Dieben 719 Dreieckseisen von der Orgel abmontiert und mitgenommen. Die Eisen wiegen 2½ Zentner und haben einen Wert von 2600 M.

Tagung der Denkmalspflege und Heimatpflege

Köln, 17. September. In Gegenwart der staatlichen und städtischen Behörden wurde am Dienstagabend im Konrethaus der Kölner Messe die Tagung für Denkmalspflege und Heimatpflege eröffnet.

Mordanklage gegen Kölner Nationalsozialisten

Köln, 16. September. (Eig. Draht). Gegen den nationalsozialistischen Sturmführer Curt Conrad, der vor einigen Tagen den kommunistischen Arbeiter Anton Klaffen erschossen hat, ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mord, verbotenen Waffenbesitzes und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz erhoben worden. Bei der Durchsicherung der Wohnung Konrads hat die Polizei größere Mengen Sprengstoff gefunden.

Reicher Kinderlegen

Kemmerheim, 16. September. Dem Totengräber der katholischen Gemeinde Reichen Moos wurde dieser Tage das 29. Kind geboren. Sie entstammen aus zwei Ehen. In der ersten hatte er bereits 16 Kinder, aus der zweiten 13. Unter den letzteren sind dreimal Zwillingspaare. Von den 29 Nachkommen sind 14 am Leben.

Feist in Indien

M. B. Bombay, 16. September. In Madras sind 11 Fälle von Feist festgestellt worden.

Der Prozeß wegen des Bärenschinsens

Stuttgart, 16. September. (Eig. Meldungen). Die Bärenschinsensklage hat nach der strafrechtlichen Seite hin ihre endgültige Entscheidung erfahren. Das Ministerium der Staatsanwaltschaft einerseits, Untersuchungsverfahren ist eingestellt und die von einem der zu Schaben Genommenen dagegen eingeleitete Revision nunmehr vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart als unbegründet zurückgewiesen worden. Es scheint aber, daß außerdem noch einige zivilrechtliche Klagen anhängig sind, deren Entscheidung bisher nicht erfolgt ist.

Der Ausschreibung der Fahrt entnehmen wir:

Start: Morgens 10 Uhr vom Platz vor dem alten Bahnhof in Karlsruhe. Ziel: Nachmittags gegen 16 Uhr auf dem Festhallenplatz. Auf der Strecke befinden sich drei Kontrollen, und zwar: 1. eine offizielle Kontrolle im Kurhaus Ober-Biesfeldhof in Biesfeld mit einstufigem Aufenthalt, 2. zwei Geheimkontrollen, ebenfalls durch große DAC-Winckel, bei den Geheimkontrollen sind jeweils Zwangspausen von 10 Minuten. Die Fahrzeuge werden in fünf Gruppen eingeteilt, und zwar: 1. Motorräder bis 500 ccm — Mittel 40 km Geschwindigkeit, 2. Motorräder über 500 ccm — Mittel 45 km Geschwindigkeit, 3. Wagen bis zu 35 Brems-PS — Mittel 35 km Geschwindigkeit, 4. Wagen bis zu 50 Brems-PS — Mittel 40 km Geschwindigkeit, 5. Wagen über 50 Brems-PS — Mittel 45 km Geschwindigkeit.

Die Fahrt wird nach Punkten gewertet. Für jede an den Kontrollstellen zu früh oder zu spät ankommende Minute ein Strafpunkt. Reizzeit drei Minuten nach oben und drei Minuten nach unten. Fahrzeuge, die von Berufsfahrern gesteuert werden, erhalten doppelte Strafpunkte. Fahrer erhalten die Normalpunktzahl bei ordnungsgemäßer Durchführung der Fahrt. Damen erhalten darüber hinaus 15 Bonuspunkte und Chauffeurs 15 Bonuspunkte. Bei Punktgleichheit entscheidet das Los. In jede Klasse fallen zwei Preise, außerdem je ein Wanderpreis, der dreimal von der Ortsgruppe errungen werden muß, ehe er in das Eigentum der betreffenden Ortsgruppe übergeht. Insgesamt sind also während dieser Veranstaltung zwölf Preise zu gewinnen. Jeder Teilnehmer erhält außerdem eine Erinnerungstafel. Führermedaille ist während der Fahrt nicht gestattet. Jeder Wagen muß mit zwei Personen besetzt sein, Motorräder mit Sozius, bei Seiwagen ebenfalls nur zwei Personen.

Das Rennfeld, als ein Neugebäude, betritt für Wagen 10 M., für Motorräder 6 M. Alle Teilnehmer haben den Clubmitgliedschaft des DAC, oder des DFC, zu führen. Rennungsbeitrag: Sonntag, 21. September, 1930, bei der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Auto-Clubs in Karlsruhe, Ritterstraße 3. Am Sonntag, 23. September, 20 Uhr, findet im Clublokal Bahnhofstraße, Reichshof, Karlsruhe, die Preisverteilung mit gemütlichem Beisammensein und Tanz statt.

Schauung vor dem Dichter. Man muß nicht viel dabei denken, muß den ungeheuren Stoff mit seinen Anfechtbarkeiten hinnehmen und sich nur dem poetischen Zauber überlassen, dann, aber nur dann kommt man auf seine Rechnung.

Wir haben die zwei ersten Teile der Trilogie, den „Geheiligten Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“. Herr Baumhach hatte das Poetische des Werkes feinsinnig erfüllt und zu hartem Ausdruck gebracht. Die teilweise kümmerliche Beleuchtung unterzieht die ins Mythische und Unweltliche hineintagenden Geschehnisse und Charaktere. Die teilweise kümmerliche Beleuchtung der Szenenbilder verflärt noch den für das Werk charakteristischen Eindruck. Alles atmete Größe, Wucht, erdberührende Intensität. Mutterhaftes Sprechen und monumentale Darstellung, besonders bei den Herren Schülze (Sagen), v. d. Trend (Wolfer), Hiert (Siegfried), aber nicht weniger bei Frau Ermarth als Brunhild und Fr. Schreiner's lieblicher Kriemhild machten den Abend an einem reiflos befriedigenden Genuß, soweit die Darbietung in Betracht kommt. Fr. Schellberg besorgte die Gewandung mit fleischlich und künstlerischem Feinsinn. Nur die Uniform Siegfrieds mit dem russigen Schwabacher dünkte uns um eine Note zu feminin; eine Konzeption an die Kinofilmführung. Der Naturbursche Siegfried, besonders wie Hiert ihn gibt, sollte nicht so früh ansetzen sein.

„Kriemhilds Rache“ von Friedrich Hebbel, des deutschen Trauerspiels, „Die Nibelungen“ dritter Teil, gelangt im Anschluß an die am Montag gegebenen beiden ersten Teile am Mittwoch, 17. September, neuneinstündig zur Aufführung. In neuen wichtigen Figuren fügen sich die Damen Betram und Genet und die Herren Brand, Dahlen, Herz und Hiert dem Schlußteil der Trilogie ein. — Am Donnerstag, 18. September, bringt die Oper als zweite Neuaufführung der eben besprochenen Spielzeit Werdis im Jahre 1893 vollendetes Werk, die forische Komödie „Falsch!“ zur ersten Wiederaufführung. Diese, ein gemaltiges Lebenswerk abschließende Schöpfung verleiht, das Antlitz des achtzigjährigen Meisters wird „durch ein Lächeln“, er findet darin einen ganz neuen Ausdruck seines musikalischen Genies, dessen ihn — nach berufener Urteil — „früher niemand für fähig gehalten hätte“. Noch einmal Abschied nehmend, zeigt er sich der Welt als „der jugendlichste der lebenden Künstler“ und bis zuletzt an der Spitze der fortgeschrittenen Entwicklung seiner Zeit.“ Die Inszenierung übernahm Viktor Bruch, die musikalische Leitung Rudolf Schwarz. — Neben Franz Schuler in der Titelrolle sind die Damen Blant, Effelsgröth, Grünwald-Siefert und Scherhorn, die an diesem Abend zum erstenmal in ihrem hiesigen Wirkungsbereich erscheint, und die Herren Kiefer, Rentwig, Derner, Böer und Reinbach tätig.

Die Menschen uns fremd bleiben, und wir trotz einander grandioser Gesenit nicht warm werden. Dem kann man nur beifolglich. Die Welt des Nibelungenliedes liegt uns meilenfern, insbesondere seine halbbedeutenden Vorstellungen, die sich mit der christlichen Religion zu einem seltsamen Gebraue mischen. Wir wollen uns einmal folgendem Gedanken hingeben: Geht es, es existierte kein Nibelungenlied und ein moderner Autor erdände ganz aus sich die Handlung der Nibelungen Hebbels, der Mann würde sicher ausgefallen werden, so fremd und widerstrebend ist uns vieles in den Handlungen der Personen. Was sind denn das für Menschen! Da kommt Siegfried mit sein Königstun nach Worms, um furerhand mit Gunther um sein Königstun zu fechten oder sein eigenes zu verlieren. Spott in allen Ehren, aber das ist das ganze Werk zum Zweifelpunkt zu fordern, da ihn die Hornhaut unermüdlich macht, ist ein Punkt, über den ein portlich Denker nicht wegstommt. Es ist eine der häufigsten Stellen des Stückes, wenn Sagen sagt: „Ich hätte mich nicht in Schlangenblut gebadet, darf denn noch feststehen, wer nicht fallen kann?“ Und dieser reine Held Siegfried, der so wütende Worte gegen Treubruch und Verrat anderer losgeschleudert, hätte allen Anlaß, vor der eigenen Tür zu kehren, denn sein Handel mit Gunther, dem er mit Hilfe der Tarnkappe die holze Brunhild überlistet, ist ein gemeiner Schurkentreich, man mag es drehen, wie man will. Es ist aber immer so, daß Verräter am lautesten über Verrat schreien. Und diese laubentblütige Kriemhild, die sich wie eine Stallmohr mit Brunhild über die Vorzüge ihres Gatten freuet und vor diebischer Schandenrede der Feindin den ihr geraubten Gürtel unter die Nase hält, berührt sie einen Menschen des 20. Jahrhunderts nicht fantsch? Ich will gar nicht sagen, daß die Menschen der Sinne Gunthers samt und sonders einen handfesten Meineid schwören an der Rache des gemordeten Siegfried; solche Beispiele germanischer Ränne treue sind nicht selten. Aber daß Sagen, der arisch-germanische Geistes, in der heimlichstlichen Weise der Kriemhild das Geheimnis von Siegfrieds vermurderter Stelle entlockt und sich mit teuflischer Heuchelei als Schlichter des Feldes anbietet, während er schon seinen Mord im Kopfe wälzt, dieses germanische Heldentum nimmt man ihm schwer übel. Eine laubere Kallendade ist das Beisammensein von Sagen, wo Luz, Verstellung, Meineid, Tarnappentücke und portliche Unfairheit, Weiberzänne über Trübsenfragen, Rache und Großmütigkeit sich ein artiges Stellbildnis geben. Nein, ohne die Ebrlichkeit, die wir einem so alten Dichterverk entgegenbringen, wäre die Handlung der Hebbelischen Nibelungen unentzähllich.

Es ist wirklich schade um das dichterische Feuer, das Hebbel hineingegossen hat. Sein Werk hat offenbar um Haupteslänge über alle Dramatikerungen des Nibelungenstoffs, heißt die Wagner's hinout, und man verliert die Vorstellung mit einem Gefühl der

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

17. September. 1892 Rechtslehrer Rud. v. Isering. — 1905 So. Parteitag in Jena. — 1907 Komponist Janas Brüll. — 1918 Anterollierter Arbeiter-Kongress in London. — 1922 So. Parteitag Augsburg (Einigungsbeschluss mit USPD). — 1926 Streikemann-Friedrich in Tübingen. — 1927 Russ. Kriminalist N. S. Koni.

Endgültiges Ergebnis der Reichstagswahl in der Stadt Karlsruhe

Das vorläufige Ergebnis verschiebt sich auf Grund der Feststellungen aus den Wahlzettelüberschriften etwas. Es haben sich erhalten die Sitze

1. Sozialdemokratische Partei	21 423 = 24,16 %
2. Deutschnationale Volkspartei	2 378 = 2,68 "
3. Zentrumspartei	14 670 = 16,54 "
4. Kommunistische Partei	8 611 = 9,71 "
5. Einheitsliste (Dtsh. Volksp., Dtsh. Staatsp.)	9 513 = 10,73 "
6. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	2 731 = 3,08 "
7. Nat. Soz. Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	23 014 = 25,95 "
8. Badische Bauernpartei	48 = 0,06 "
9. Volksrechtspartei und Christlich-Soziale Reichspartei	995 = 1,12 "
10. Deutsche Bauernpartei	21 = 0,03 "
11. Konservative Volkspartei	703 = 0,79 "
12. Evang. Volksdienst (Landesgruppe Baden d. Christl.-Soz. Volksdienstes)	4 463 = 5,03 "
13. Polenpartei	11 = 0,01 "
14. Haus- und Grundbesitzer	93 = 0,11 "

Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt somit 88 674, die ungültigen 698, so daß im ganzen abgestimmt haben 89 372.

In der Kartei als Wahlberechtigter waren eingetragen 115 181 Personen. Nach der Auffassung des Reichswahlleiters und aber hieron in Karlsruhe nur 109 695 wahlberechtigt, also nicht die 5 486, die Stimmzettel erhalten haben. Dagegen und wiederum die 307 zu den Karlsruhern Wahlberechtigten, die mit Stimmzettel in Karlsruhe gewählt haben, wählten sie Karlsruher oder Nichtkarlsruher sein. Somit beträgt die Zahl der in Karlsruhe „Wahlberechtigten“ 112 766. Rechnet man diese Ziffer im Verhältnis zur Wahlbeteiligung, so ergibt sich, daß in Karlsruhe 79,25 Prozent der „Wahlberechtigten“ von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Hierunter ist, wie schon erwähnt, ein ganz erheblicher Teil „Hauswärtiger“. Sicherlich befinden sich unter ihnen aber auch eine ganze Reihe Karlsruher, die infolge des schlechten Wetters ihre beabsichtigte Reise oder ihren beabsichtigten Ausflug nicht ausgeführt haben. Trotzdem sind rund 2400 Stimmzettel in Karlsruhe mehr ausgegeben als abgegeben worden. Diese gehörten vor allem Personen, die am 14. September sich noch auf Urlaub befanden. Infolge der Urlaubzeit ist die Zahl der Stimmzettel ganz beträchtlich größer als sonst gebräuchlich. Sind doch allein von Karlsruhern, die sich auswärts befinden, über 1000 Stimmzettel schriftlich angefordert (Sta. Amt).

25 Jahre im Dienste des Volksfreund

Nachdem er vor einigen Monaten seinen 60. Geburtstag feiern konnte, darf nun unser Genosse **Gustav Krüger** in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit im Verlage des Volksfreund zurückblicken. Anfang September 1905 trat Genosse Gustav Krüger als Korrespondent in den Volksfreundberuf ein. Zu jener Zeit war eine sozialdemokratische Zeitung Interzitat zu werden, es gehörte nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens. Es herrschte viel Schweiß, Mühe und Arbeit und auch nicht minder diese Arbeit, damals die Geschäftsführung zur Aufgabe eines Interzitates zu übertragen. Obgleich die Arbeiterklasse auch damals schon einen wichtigen und ansehnlichen Wirtschaftsfaktor bildete, so bedeutete doch für manchen Geschäftsleute das Interzitat in einer sozialdemokratischen Zeitung ein gewisses Risiko, denn es bestand die Gefahr, daß er ab dieses „Verbreitens“ von dem damals schon genau engstirnigen und intoleranten Bürgertum wie heute heute hohler oder sonstwie geschädigt wurde, ganz abgesehen davon, daß die staatlichen Behörden in jedem Interzitat einen Förderer der Revolution und des Umsturzes sahen. Mancher Weg mußte aber zur damaligen Zeit vergeblich gemacht werden, manches mußte umsonst gesprochen werden. Es gehörte schon die große Dosis Ausdauer und Liebe zur Sache, der er diente, wie auch die große Portion Wälder Humor, die unserem Gustav Krüger zu eigen waren, um über all die Schwierigkeiten hinwegzukommen und dem Verlage die Treue zu bewahren. Sein freundliches Wesen, seine ermüdende Arbeitseifer, sein fester und gewandter Auftreten verschafften ihm den Erfolg, so daß er an dem Aufstieg des Volksfreund in diesen 25 Jahren einen nicht kleinen Teil trägt. Als Interzitatbuchhalter und Korrespondent fällt er mit Gewissenhaftigkeit, Pünktlichkeit und Umsicht seinen Pflichten aus. Verlaßbar, schlagfertig, alle seine Mitarbeiter im Hause, wie auch die Partei und die Arbeiterklasse, deren Blatte Genosse Gustav Krüger ein wichtiger Mitarbeiter war und noch ist, bringen deshalb dem Volksfreund zu seiner 25jährigen Tätigkeit im Volksfreund ihre herzlichsten Glückwünsche dar.

Das Karlsruher Tagblatt wird „politisch“

Die Badische Presse hat im verflochtenen Wahlkampf ihre Stellung klar gegeben, so daß man jetzt weiß, was man von diesem Tagblatt zu halten hat. Nach der Presse folgt nun das Karlsruher Tagblatt. Bis dato gerierte sich das Karlsruher Tagblatt mit Betonung des Bourgeois. Nach den Wahlen kühlt sich das Karlsruher Tagblatt von diesen Tönen frei und glaubt eine neue Ära zu sehen die Sozialdemokratie teilen zu müssen. Es ist die Hoffnung der nationalsozialistischen Stimmen aus den Kreisen eines in jeder nationalen Gefühlslage jahrelang geformten Volkes und den Aufbruch gegen die Partei- und Klassenpolitik, für die die Sozialdemokratie nicht zuletzt verantwortlich ist. Das Tagblatt in eine Debatte darüber einzulassen, wer für die Umwälzung der Dinge verantwortlich ist. Wir wissen sehr wohl, daß für die deutsche Volk herztlich und die Arbeiterklasse und Wirtschaftskräfte allgemein menschlich und politisch verwandt werden muß. Wir haben uns daher alle für die Arbeitsbeschaffung und Ordnung des

Lohnsteuer im Finanzamtsbezirk Karlsruhe-Stadt

Auf den Kopf unserer Einwohnerschaft 39,40 Reichsmark Lohnsteuer

Arbeiterentlassungen, Betriebsstillegungen, Konkurse, Zusammenbrüche ist das trübe Bild, das sich dem Wirtschaftsbeobachter unterer Tage zeigt. Einen drastischen Spiegel hiervon bietet die Lohnsteuerstatistik, die jetzt zum erstenmal vom Staatlichen Reichsamt veröffentlicht ist. Wohl keine andere Statistik ermöglicht einen so tiefen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der breiten Massen, denn die Höhe des Volkseinkommens bestimmt die Kaufkraft der Bevölkerung, die natürlich mit sinkender Verdienstmöglichkeit rasch fällt, wie wir es gerade jetzt in erschreckendem Maße erleben. Nach dieser Statistik zeigt sich, daß im ganzen Reich 23,25 Millionen Personen dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterworfen waren. Hieron sind 12,5 Millionen = 54 Prozent steuerbefreit. Es sind dieses die Wirtschaften, für die ein Steuerabzug vorgenommen worden ist. Steuerbefreit sind nur 363 000 Personen = 1,56 Prozent. Steuerbefreiung haben zwar einen Arbeitslohn von mehr als 1200 RM. im Jahre, doch ist hier wegen der Familienermäßigungen ufw. ein Steuerabzug nicht vorgenommen worden. Unbeuert sind 10,4 Millionen = 44,7 Prozent. An diesem hohen Satz zeigt sich die furchtbare Notlage unserer Wirtschaft. Könnte man für den Augenblick eine solche statistische Erhebung anstellen, so würde man noch zu einem viel erschreckenderen Satz gelangen, unberücksichtigt der Zahl derer, die keinen Verdienst haben und daher auch nicht in der Lohnsteuerstatistik erscheinen. Die 12,5 Millionen steuerbefreiterer Pflichtigen weisen ein Einkommen von 20,6 Milliarden RM. auf, so daß auf den Kopf des Pflichtigen ein durchschnittliches Einkommen von 1651 RM. jährlich entfällt. Die Steuerbelasteten haben je Kopf 80 RM. Lohnsteuer zu entrichten. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet ergibt sich ein Lohnvermögen von 390 RM. jährlich und ein Steuerbetrag von 16 RM. Das Verhältnis von Steuerabgaben und keine Steuer entrichtenden Personen ist mit etwa 65 : 35 Prozent am günstigsten in Bremen, Hamburg und Ulm. Über dem Reichsdurchschnitt mit 55 Prozent stehen ferner Hesse, Baden, Lippe und Ostpreußen, Oldenburg, Hannover, Württemberg und Braunschweig stehen mit dem Reichsdurchschnitt etwa gleich und unter ihm stehen die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und Westfalen, in denen die Zahl der Unbeuerteten bei weitem überwiegt.

Ueber die Lohnsteuer in unserem Finanzamtsbezirk gibt folgende Zusammenfassung Auskunft. Die amtliche Lohnsteuerstatistik unterscheidet fünf Einkommensgruppen: Einkommen bis 1500 RM., von 1500—3000 RM., 3000—

5000 RM., 5000—8000 RM. und endlich Einkommen über 8000 RM. Im Finanzamtsbezirk Karlsruhe-Stadt sind in der ersten Einkommensgruppe bis 1500 RM. 18 767 Pflichtige, deren Gesamteinkommen 78,6 Mill. RM. beträgt. 19 377 Arbeitnehmer haben ein Einkommen von 1500—3000 RM. In dieser Gruppe ist allgemein der Ertrag an Lohnsteuer am höchsten. Das Gesamteinkommen dieser Gruppe beträgt in unserem Bezirk 40,1 Mill. RM., das

Steueraufkommen 2 177 000 RM. In den oberen Lohnsteuergruppen ist ein starker Rückgang bemerkbar. In der dritten Gruppe 3000—5000 RM. sind noch 6740 Pflichtige verzeichnet. Ein Einkommen von 5000—8000 RM. haben 2514 Arbeitnehmer und über 8000 RM. Jahreseinkommen beziehen nur noch 225 Pflichtige. Es ist hieraus zu erkennen, wie schnell die Einkommensbeträge mit Steigen der Einkommensgruppe abnehmen. Die meisten Lohnsteuerpflichtigen sind allgemein in der untersten Gruppe anzutreffen.

Insgesamt zählt unser Finanzamtsbezirk 47 623 Steuerbelastete, die zusammen ein Einkommen haben von 102,3 Millionen RM. und eine Steuer entrichten von 5 738 000 RM. Steuerbefreite wurden in unserem Bezirk 671 Pflichtige gezählt, deren Einkommen 1 062 000 RM. beträgt. Die Zahl der unbeuerteten Arbeitnehmer in unserem Bezirk beläuft sich auf 17 737 im Gegensatz zur Gesamtzahl der Steuerpflichtigen von 66 031.

Wichtig für die Durchsetzung der Bevölkerung mit Steuerpflichtigen ist die Angabe der Vermögenszahl, aus der man eher als absoluten Zahlen entnehmen kann. Auf 1000 der Bevölkerung entfallen in unserem Finanzamtsbezirk 327 Steuerbelastete Pflichtige. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt in unserem Bezirk ein steuerbelastetes Einkommen von 702 RM. und eine Steuer von 39,4 RM.

Sieht man diese Zahlen aufmerksam durch, so erkennt man ohne weiteres die Notlage, in der sich viele unserer Volksgenossen befinden, die nicht einmal das niedrige Existenzminimum erreichen. Da seit Erhebung der Statistik bis zur völligen Aufbereitung stets eine geraume Zeit vergeht, so kann man sich vielleicht an Hand der Zahlen einen Begriff machen, wie es gegenwärtig aussehen mag, wo die Zahl der Arbeitslosen in die Millionen geht. Jede neue Arbeitseinstellung hat neuen Lohnsteuerausfall im Gefolge, trägt damit zur Unsicherheit des Reichshaushalts bei. Man kann deshalb auch aus diesem Grunde nur dringend hoffen, daß bald wieder eine Belebung des Wirtschaftslebens erfolgt. Ulrich Wertheimer, Rünchura.

Reichsfinanzen einleitet, da es eine Selbstverständlichkeit ist, daß hierin die Voraussetzung sowohl für ein geordnetes Staatsleben wie für eine ruhige Entwicklung der Bevölkerung liegt. Die Sozialdemokratie muß es jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnen, hierfür verantwortlich gemacht zu werden. Es waren, wie wir im Wahlkampf öfters darlegten, bürgerliche Regierungen, welche der Regierung Müller-Sillberding das Finanzdefizit hinterließen und es waren wiederum bürgerliche Regierungen, welche den ersten Versuch Sillberding, die Reichsfinanzen durch die von ihm vorgeschlagenen Steuern zu sanieren, schärfsten Widerstand entgegenzusetzen haben, so daß der am Kampfkraft so schwache Sillberding mit seinen äußerst vernünftigen Finanzplänen an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen eine richtige Finanzsanierung gescheitert ist. Ebenfalls liegt aber auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung die Schuld an bürgerlichen Unternehmern. Wer wirkt immer wieder die Arbeitermassen aus den Fabriken hinaus, wer weigert sich aus den Fortschritten der Technik die Konsequenzen für die heraus gebotene Reduzierung der Arbeitszeit zu ziehen? Es ist das bürgerliche Unternehmertum, das auch heute noch den Ton in der Wirtschaft bestimmt. Wenn das Karlsruher Tagblatt daher Vorwürfe erhebt, so muß es sich schon an seine Rufe wenden. Daß jedoch das Karlsruher Tagblatt sich ausgesprochen an der Sozialdemokratie reißt, trägt dazu bei, auch in weiteren Kreisen den Standpunkt dieses Blattes ins Licht zu rufen.

Die Juwelendiebe in Wiesbaden verhaftet

Wie wir erfahren, konnten die Einzler, die in der Nacht zum 7. d. M. die Schaufensterscheibe der Firma Vst in der Badstraße einschlagen und aus der Auslage Brillanten im Werte von etwa 1000 Mark entwendet hatten, am Samstag abend in Wiesbaden durch die dortige Kriminalpolizei festgenommen werden. Sie waren dadurch erkannt worden, daß sie mit demselben Wagen, den sie bei der Flucht aus Karlsruhe benutz hatten, sich in Wiesbaden aufhielten. Nähere Einzelheiten fehlen bisher noch.

Bei Grabarbeiten 2 Skelette gefunden

Bei der Wirtschaft zur „Janja“ am Rheinhafen wurden, wie uns mitgeteilt wird, bei den dort kurzzeitig vorgenommenen Grabarbeiten am Montag 2 Menschenknochen gefunden. Sie befanden sich in ca. 30—40 Zentimeter Tiefe. Auch ließ man auf einen recht großen Tierknochen. Die Polizei sowohl wie das Naturhistorische Museum wurde von dem Fund in Kenntnis gesetzt. Die Untersuchung des Fundes, die durch Herrn Prof. Freygen leitend, ergab, daß sich die Knochen schon über 100 Jahre im Boden befinden. Wie die Leichen leinzeit an diesen Ort gekommen sind, darüber besteht noch Unklarheit. Ein krimineller Fall soll, wie von der Polizei angenommen wird, nicht in Frage kommen.

Die Revision im Fall Werner verlagert

Die ursprünglich für den 23. d. M. angelegte Revision im Fall Werner vor dem Reichsgericht ist, wie der Badische Landespresident von zuständiger Stelle erfährt, von der Tagesordnung abgesetzt und auf den 17. Oktober d. J. verlagert worden.

(-) Keine Herabsetzung der deutschen Einwanderungsquote in Nordamerika. Zu der beabsichtigten Herabsetzung in Nordamerika wird uns von der Hamburg-Amerika Linie und dem Norddeutschen Lloyd mitgeteilt, daß nach den den Gesellschaften ausgearbeiteten Telegrammen Präsident Hoover für die strikte Durchführung des

Gesetzes eingetreten ist, das solchen Einwanderern den Zutritt in die Vereinigten Staaten von Amerika verbietet, von denen angenommen werden muß, daß sie ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage wegen in absehbarer Zeit der öffentlichen Wohlfahrtspflege Amerikas zur Last fallen. Es handelt sich also bei den neuen Einschränkungsmaßnahmen der amerikanischen Regierung um eine ganz bestimmte Kategorie von Einwanderern, die betroffen werden, nicht aber um eine Herabsetzung der deutschen Einwanderungsquote. (Mitgeteilt von der hiesigen Vertretung der Hamburg-Amerika Linie, der Firma E. P. Siede, Karlsruhe, Kaiserstr. 215.)

(-) 25jähriges Dienstjubiläum. Die Kollegen Gottfried Kling und Emil Dittenberger, beide beim Gas-, Wasser- und Elektr.-Amt können am heutigen Tage auf eine 25jährige Tätigkeit bei obigem Amte zurückblicken. Wir gratulieren ihnen und wünschen, daß sie noch lange Jahre in bester Gesundheit ihrer Familie erhalten und der Draination, der sie schon viele Jahre angehören, sowie dem Volksfreund, wie bisher treu bleiben. Fr.

Küppur

Zum Wählergebnis. In unseren vier Wahlbezirken wurden für die Sozialdemokratie 99 Stimmen abgegeben. Die Annahme seit der Reichstagswahl 1928 ist 241 Stimmen. Dieser Zuwachs ist zurückzuführen teilweise auf den Dammertock und auf den Neuausgang in der Gartenstadt. Wenn wir auch bei weitem die stärkste Partei sind, so kann das Ergebnis bei dem überwiegend proletarischen Charakter des Vororts nicht befriedigen. In Wahrheit ist nichts verjüngt worden. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent, gegen 60 Prozent früher. Das Mehr von 20 Prozent kam fast reißlos den Stillen zugute. Sie sind von einigen Duzend Stimmen bei der letzten Reichstagswahl auf über 700 hinaufgeschwollen. Zugewand beiderlei Geschlechts, aber auch ältere politische Kinder stellen die Stillwähler. Sehr viel durchaus proletarische Existenzen mit Stechfragen haben der Sozialdemokratie einen Geleitzug durch den Dammertock gesendet. Bei dem Gedanken an so viel politische Dummheiten bekommt man ein Gefühl des Efels. Das Frauenwahlrecht kam den Stillen Parteien wieder aufhalten. Die Beteiligung von Frauen bis ins höchste Alter war sehr groß und hat die der Männer sicher übertraffen. Auch die Kommunisten hatten guten Zuwachs, was bei der tiefsten Arbeitslosigkeit nicht gerade zu verwundern ist. In unseren Verbänden liegt es nun, durch Werbung neuer Parteimitglieder und Volksfreunde die Position der Sozialdemokratie bei kommenden Wahlen noch weiter auszubauen.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Die Kapelle Albrecht Kramer veranstaltet heute ihr 1. Mittwochsconcert. Kapellmeister Kramer wird sich als Solist mit Mozart-Kreisler Konzo in G-Dur hören lassen. (Siehe die Anzeigen.)

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Wahlberechnung. Die Bezirksleiter werden dringend ersucht, noch in dieser Woche mit dem Kassier abzurechnen zu wollen. Die Sammelstellen wollen ebenfalls nunmehr bei dem Genossen Hans, Kaiserstr. 46, abgeliefert werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannssa. Mittwoch, 17. Sept., 8 Uhr abends Uebung sämtlicher Spielleute in der Turnhalle der Videlschule. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erforderlich.

Zum Wahlergebnis

Gröningen. Mit Stolz und Genugtuung können wir feststellen, daß sich unsere Partei hier glänzend geschlagen hat. 1102 sozialdemokratische Stimmen wurden abgegeben, eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Glaubten doch die Nazis, die sozialdemokratische Feste in Gröningen diesmal im Sturm überrennen zu können. Doch sie haben wiederum auf Granit geblieben, und die Erfahrung erneut machen müssen, daß man so leicht unsere Partei nicht aus dem Sattel heben kann. Und was haben die Welterneuerer nicht alles aufgeboten? In Wort und Schrift wurde der Schmutz föhnelweise auf unsere Bewegung geschoben; schon wochenlang wurden von den S.M. — sprich Schmier-Abteilungen — die Straßen mit Kamelsabscheißern bedeckt, von den launigen Nachenheiten ganz abgesehen. Was hat sich z. B. eine kleine, abgedürrte Dame von der Kaiserstraße nicht für Mühe gemacht, hauptsächlich die Frauen zu fördern; auf Fürsorgepublikationen von dem „verfluchten Judenstaat“ läßt sich ja gut Wahlpropaganda machen. Dabei war der Mann der ehemaligen Haushälterin so „national“ eingestellt, daß er anno 1914 den Kindern Christen verabschiedete, die in den ersten Kriegstagen am Bahnhofsgehege jubelten, wenn gefangene Franzosen dort vorbeiführten wurden. Leicht verständlich, denn in seinen Werten floß ja „Basilleblut“. Mit einem mächtigen Transparent wollten die Sittlerlinge nochmals am Vorabend der Wahl die Gröninger Bevölkerung für ihre zweifelhafte Sache begeistern. Was stand da darauf? „Gegen Korruption!“ Wir nehmen an, daß sich diese Worte auf ihre eigenen Anhänger bezogen haben. Vielleicht hat man da einen ehemaligen Kirchensteuerheber gedacht; möglicherweise auch an einen Frauenvereinskassier a. D. u. m.

Gewiß ist es den Nazis gelungen, ihre Stimmenzahl seit der letzten Wahl zu vermindern. Doch nicht etwa, wie sie und andere gehofft hatten, auf Kosten unserer Partei, sondern einzig und allein auf Konto der bürgerlichen Parteien, vor allem der Staatspartei, die hiezu mitgenommen wurde. Die Ehe mit den Volksparteiern ist den Demokraten auch in Gröningen schlecht bekommen. Woüber wir jedoch abstimmt keine Urfrage haben, auch nur eine Träne zu vergießen. Wir wissen weiter, daß die land- und wirtschaftlichen Kreise, die gestern noch dem Landbund huldigten, diesmal auch bei den Nazis ihr Heil suchten; sie mögen selig werden in dem Glauben, im „Dritten Reich“ einmal den Himmel auf Erden zu finden. Ferner sind viele Kreise der Gröninger Geschäftswelt den Sittlerianern nachgelaufen. Wenn ihnen das in Zukunft bitter aufstoßen wird, dann mögen sie bedenken, daß die Gröninger Arbeiterschaft nicht gewillt ist, solche Geschäftsleute weiterhin zu unterstützen, die glauben, mit den Todfeinden der Republik partizipieren zu müssen. Vielleicht gibt es in nächster Zeit einmal Gelegenheit, auf dieses Thema näher einzugehen. — Zum Schluß sei nochmals festgestellt, daß wir mit Freude und Befriedigung auf unsere Stimmenzahl zurückblicken können. Möge dieser Erfolg nicht dazu angetan sein, ausschließen auf den Vorbeeren, sondern ein Ansporn für die kommenden Gemeindevahlen. — Vorbei ist der Kampf, es lebe der Kampf!

Aus der Stadt Durlach

Wahlnachklang

Die Reichstagswahl hat sich hier mit einer bemerkenswerten Ruhe vollzogen; auch die Wahlagitatio ist sehr ruhig verlaufen, lediglich in einer Versammlung der Wirtschaftspartei (ausgerechnet) kam es zu Störungsversuchen seitens der Nationalsozialisten. Unsere Partei hatte am Vorabend der Wahl noch eine Lehr auf besuchte Wahlversammlung in der Festhalle, in der Gen. Starz, Karlsruhe und Bürgermeister Humenrod, Offenburg den letzten Appell an die Wähler richteten.

Das Wahlergebnis brachte, gemessen an den Ergebnissen der vorjährigen Landtagswahl, zunächst eine Steigerung der Wahlbeteiligung von rund 71 Prozent auf 87 Prozent. Rund 2000 Wähler und Wählerinnen gingen diesmal mehr zur Wahlurne als 1929. Dabei ist die Feststellung bemerkenswert, daß die Zahl der Wahlberechtigten um rund 40 niedriger als im Vorjahre war, daß also der Zugang an Wahlberechtigten schwächer war als der Abgang. Unsere Partei hat sich ananichts des Ansturms aller Parteien gegen sie gut gehalten, sie hat gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl 400 Stimmen mehr erhalten. Das Stimmenergebnis blieb allerdings gegenüber der Reichstagswahl 1928 um rund 300 Stimmen zurück. Die Einheitsliste Staatspartei, Deutsche Volkspartei hat gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl 650 Stimmen — rund 40 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, welche wohl reiflos den Nationalsozialisten zugute gekommen sein dürften. Gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahl 1928 beträgt ihr Verlust etwa 45 Prozent. Die beiden Parteien Demokraten und Volkspartei vereinigten damals 1776 Stimmen auf sich, am letzten Sonntag nur noch 925. Aber auch die Deutschnationalen haben gegenüber der letzten Reichstagswahl mehr als 50 Prozent, gegenüber der Landtagswahl 1928 nahezu 25 Prozent ihrer Wähler verloren, sie sind nun 492 in 1928 auf 231 in 1930 gesunken. Diese Feststellung ist namentlich, wenn man auch noch die diesmal viel stärkere Wahlbeteiligung berücksichtigt, geradezu bliskarisch den schwandelnden politischen Charakter der bürgerlichen Wählermassen. Heute deutsch-national oder Volkspartei — morgen Sittler und das nächstmal wieder Nichtwähler.

Den Löwenanteil der stärkeren Wahlbeteiligung haben die rechts- und linksradikalen Parteien auch hier erhalten. Die Kommunisten haben gegenüber der Landtagswahl 500, die Nationalsozialisten dagegen 1700 Stimmen mehr auf sich vereinigt. Erstere sind von 840 auf 1340, letztere von 554 auf 2260 Stimmen gestiegen. Erfährt sich der kommunistische Stimmenzuwachs aus der furchtbaren Erwerbslosigkeit und Not, wird der nationalsozialistische Zuwachs nur verständlich, wenn man weiß, daß die ganze Geschäftswelt der Stadt, die kleinen Mittelstandsbereitschaften mit ihrem Anhang wohl zum allergrößten Teil, aber auch Beamte für diese Partei gestimmt haben. Die Nationalsozialisten sind damit die Partei der politischen Bureausseien geworden. Die Kommunisten sind ob solchen Erfolges natürlich beherbert, sie müssen mit Reid zusehen, daß sie sich von jenen in Punktio strapelloser Agitation haben übertreffen lassen. Vielleicht aber dämmert ihnen lo langsam auch die Einsicht, daß das überaus starke Anwachsen der Sittler mit einer Frucht ihrer eigenen „Arbeit“ ist.

Ludwig Hummel †

Am vergangenen Samstag wurde hier einer der alten Garde der Sozialdemokratie, Obermeister Ludwig Hummel, zu Grabe geleitet. Er hat sich schon zur Zeit des Sozialkennzeichens zur Partei bekannt und dürfte wohl einer der ältesten Volksfreundabonnenten sein. Vor etwa 30 Jahren war er auch eine Periode hindurch sozialdemokratisches Bürgerausführungsmittel. Wenn auch in den letzten Jahren nicht mehr direktes Parteimitglied, so hat er die Partei immer als die seine betrachtet und sie auch materiell unterstützt. Ehre seinem Andenken!

Kleine bad. Chronik

Ein Bürgermeister wegen Betrugs verhaftet

D3. Forst (Amt Bruchsal), 16. Sept. Der seit vielen Jahren schon amtierende Bürgermeister Simon Weindl ist wegen Betrugs und Unterschlagung verhaftet worden.

Mannheim. Im Seitenbau des Hauses Niedstraße 38 entstand am Sonntag abend halb 10 Uhr ein Brand, dessen Entstehungsurache noch unbekannt ist. Der Seitenbau und der zweite Stock des Hauses

sind vollständig zerstört, sodas die Familien-Boiler und Röhre abbrachen wurden.

Im Hauptbahnhof benutzte ein junger Mann die Gelegenheit, als ein Reisender am Schalter eine Geldtasche neben sich legte, um sie an sich zu reißen. Der Reisende rief um Hilfe, während der Dieb fortstürzte. Er wurde verfolgt und konnte im Schloßgarten gefast werden.

* Pforzheim. Montag abend stießen beim „Döhen“ zwei Motorräder zusammen. Auf jedem saßen zwei Personen. Alle vier stürzten. Dabei wurde Gottfried Schabbe von Enzberg erheblich verletzt und ein anderer Teilnehmer leicht verletzt. — Zwei andere Motorradfahrer stießen zwischen Dillstein und Unterreichenbach aufeinander. Die Fahrer, der Pfälzische Friedrich Billings von Nagold und der Eugen Schlegel von Düren, erlitten Knochenbrüche und Schürfwunden.

Freiburg i. Br. In den gestrigen Morgenstunden hat sich ein bisher noch unbekannter Mann am Komturplatz auf die Geleite der Hauptbahn gelegt und überfahren lassen. Der Kopf wurde abgetrennt und Kumpie getrennt. Es liegt zweifellos Selbstmord vor.

* Reilingen. Die Hopfenernte ist abgeschlossen und ebenfalls das Pfänd- und Trocknungsgeschäft. Die Hopfenpflanzer haben aber bisher vergebens auf die Käufer gewartet, eine Ernteernte, die bisher noch nie dagewesen ist. Es ist möglich, daß die kritische Siegelstrage die Stimmung beeinflusst, entscheidend ist jedoch die allgemeine Depression an der Hopfenbörse. Das erste Angebot lautete auf 25 M. pro Zentner.

* Solzweil. Die ledige Theresia Burgert stürzte am Sonntag nachmittag in ihrer Scheuer in die Tiefe. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch, dem sie unmittelbar darauf erlag.

Eine Nichtigstellung. Bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse aus dem Lande in unserer Montagsausgabe ist uns infolgt ein Irrtum unterlaufen, als die Resultate von Spöck mit denselben von Friedriehstal verwechselt wurden. Die Zahlen für Friedriehstal gelten also für Spöck.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Konferenzen zur Aufstellung der Kreisverammlungs- und Bezirksratsmitglieder

finden wie folgt statt:
 Sonntag, 28. September, mittags 12 Uhr, im Hotel „Reus“ in Rastatt für den Kreis Baden (Amtsbezirke: Rastatt und Wald).
 Sonntag, 5. Oktober, vormittags 9.15 Uhr im Volkshaus in Karlsruhe für den Kreis Karlsruhe (Amtsbezirke: Karlsruhe, Pforzheim, Wehrten, Bruchsal und Ettlingen).
 Sonntag, 5. Oktober, mittags 12 Uhr in Offenburg (Ersatz wird nach bekanntgegeben), für den Kreis Offenburg (Amtsbezirke Offenburg, Oberried, Rehl, Wolbach und Wehr).

Die Tagesordnung

1. Die Reichstagswahl: Mündlich und Ausbild. Referenzen:
 für Offenburg: Reichstagsabg. Gen. Stefan Meier.
 für Rastatt: Reichstagsabg. Gen. Warum.
 für Karlsruhe: Reichstagsabg. Gen. Schüpftin.
 2. Stellungnahme zu den Kreisverammlungs- und Bezirksratswahlen.
 3. Aufstellung der Kandidaten hierzu.
- Jeder Ortsverein hat Delegierte zu entsenden nach folgendem Modus:
 Ortsvereine bis 50 Mitglieder 1 Delegierter
 „ „ „ 50 bis 100 Mitglieder 2 Delegierte
 „ „ „ 100 „ 200 3
 „ „ „ 200 „ 400 4
 „ „ „ 400 „ 600 5
- Für jede weiteren angefangenen 100 Mitglieder 1 Delegierter mehr.
 Das Parteisekretariat.

Prachtvoll! So reinigt IMI?

So strahlend schön und blitzsauber war das Geschirr sonst nie!
 IMI zaubert im Nu herrlichen Glanz, leuchtende Sauberkeit und blühende Frische auf Kristallsachen, Gläser, Porzellane und Bestecke. Es ist eine Pracht! In halber Zeit, besser und mühsloser, befragt IMI alle Reinigungsarbeit — schnell ist man fertig. Jetzt bleibt uns auch zu einem Plauderstündchen Zeit! Versuche IMI! Auch Dir wird es Freude machen!



Henkel's
 Aufwasch-, Spül- und
 Reinigungsmittel
 für Haus- und Küchengerät



